

Supplement Sozialismus 7-8/99 und express 6-7/99

Redaktion Sozialismus/Redaktion express (Hrsg.)

Perspektiven der Gewerkschaftslinken

Diskussionen – Positionen – Materialien

Zäsuren im Übergang in das 21. Jahrhundert

Neue Herausforderungen für die Konstituierung
einer gewerkschaftlichen Linken

1 In den Arbeits- und Diskussionszusammenhängen, in denen ich mich in den vergangenen Jahren bewegt habe (vor allem beim »Forum Gewerkschaften« der Zeitschrift »Sozialismus«), waren wir uns seit einiger Zeit darüber einig, daß eine deutlichere Intervention der Gewerkschaftslinken in die innergewerkschaftlichen Debatten und Auseinandersetzungen notwendig ist. Eine erste Phase wurde mit der DGB-Programmdebatte Mitte der 90er Jahre eingeleitet. Wir hatten gewiß keine Illusionen über die politische Bedeutung einer solchen programmatischen Auseinandersetzung; gleichwohl betrachteten wir sie als eine mögliche Plattform für die Kritik an den im DGB (und auch in weiten Teilen der Einzelgewerkschaften) herrschenden ideologischen und politischen Positionen. Drei Aspekte waren dabei besonders wichtig:

■ In den Dokumenten, die von Seiten des DGB zur Programmdebatte vorgelegt worden waren, artikuliert sich ein grundlegender Wandel des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses, der mit einer entsprechend selektiven Analyse der sozialökonomischen und politischen Wirklichkeit auf der einen und der Verabsolutierung eines (ziemlich primitiven) sozialpartnerschaftlichen und dialog-orientierten Politikverständnisses einherging.

■ Die Behauptung der Vertreter dieser »neuen Linie«, daß nunmehr zum ersten Mal ein »ehrliches Programm« vorliege, das mit der wirklichen Praxis gewerkschaftlicher und betrieblicher Interessenvertretung übereinstimme – d.h. Schein und Sein (so hatte es Eduard Bernstein 1898 formuliert) nicht länger zueinander im Widerspruch stehen –, forderte aufgrund der Konfrontationspolitik des Kapitals im Zeichen der neoliberalen Hegemonie zum entschiedenen Widerspruch heraus.

■ In dieser Auseinandersetzung mußte zur Kenntnis genommen werden, daß die gewerkschaftliche Linke in den 90er Jahren wesentlich schwächer geworden war als noch in den 70er und 80er Jahren – und zwar nicht nur

auf der Ebene der Gewerkschaftsapparate (d.h. bei den ehemals als links eingestuften Gewerkschaften, z.B. der Gewerkschaft HBV), sondern vor allem auf der betrieblichen Ebene. Eine der zentralen Schwächen der Gewerkschaftslinken im Übergang von den 80er zu den 90er Jahren bestand gerade darin, daß sie auf die konkreten Fragen der Betriebsräte und Vertrauensleute keine überzeugenden Antworten zu geben wußten.

2 Die Debatte um das DGB-Grundsatzprogramm stand noch im Schatten der großen gesellschaftspolitischen Veränderungen seit den späten 70er Jahren.

■ In den 80er Jahren hatten namentlich die »Zukunftskongresse« der IG Metall einen Modernisierungsdiskurs bestimmt, in dem eine ganze Palette sog. »neuer Themen« und Herausforderungen für die Gewerkschaftspolitik präsentiert wurde (Demokratiefrage, Geschlechterbeziehungen, Ökologieproblematik, Risikogesellschaft, Technikkritik, Individualisierung usw.). Dabei war eine Tendenz deutlich erkennbar: der Abschied von sog. »traditionalistischer« Kapitalismuskritik. Teile der akademischen Linken, die sich politisch über den »Realo-Flügel« der Partei der Grünen um Joschka Fischer definierten, trieben diesen Abschied voran. Damit ging auch die Fähigkeit einer kritischen – politischen und ökonomischen – Analyse der Entwicklungs- und Umbruchprozesse im modernen Kapitalismus sowie der damit verbundenen Widerspruchskomplexe verloren.

■ Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme (bis zur Auflösung der UdSSR im Jahre 1991) beendete nicht nur – wie Eric Hobsbawm im »Zeitalter der Extreme« herausarbeitete – das »kurze 20. Jahrhundert«, das mit dem Ersten Weltkrieg begann und durch die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917 geprägt wurde. Auch in den innergewerkschaftlichen Debatten Anfang der 90er Jahre setzte sich immer mehr die Auffassung durch, daß mit dem Scheitern aller Varianten des Sozialismus (einschließlich des jugoslawischen »Sonderweges«) zugleich das Leitbild gewerkschaftlicher Politik grundlegend zu verändern sei. Damit würden – so hat es der damalige GEW-Vorsitzende Dieter Wunder Anfang der 90er Jahren formuliert – auch die alten Differenzen zwischen dem rechten und linken Flügel innerhalb des DGB – also grob zwischen IG Chemie auf der einen und IG Metall auf der anderen Seite – hinfällig.

■ Der kapitalistische Formationswandel vom Fordismus zum Postfordismus (der viele Namen hatte und hat), vor allem aber die damit einhergehenden Prozesse der Transnationalisierung des Kapitalismus (»Globalisierung«), wirkten mehr und mehr als »Sachzwang«, der sowohl die betriebliche Wirklichkeit als auch die Tarif- und Gesellschaftspolitik – als Dominante strukturier-

te. Kapitalistische Modernisierung wurde zunehmend als ein Prozeß begriffen, zu dem es keine Alternative gibt, an den sich die Gewerkschaften, wenn sie überleben wollen, anpassen *müssen*.

■ Schließlich war zu Beginn der 90er Jahre zunehmend bewußt geworden, daß die neoliberale Hegemonie der 80er Jahre keineswegs als eine Episode von kurzer Dauer, sondern als eine tiefgreifende, epochale Veränderung in den ideologischen Machtkonstellationen, im Alltagsbewußtsein, in den Maßverhältnissen des Politischen und des Ökonomischen, in der Anerkennung des Marktes und der Abwertung der Steuerungsfunktion des Nationalstaates usw. begriffen werden muß. Das wurde u.a. auch daran deutlich, daß sich sowohl bei den Gewerkschaften als auch bei den sozialdemokratischen Parteien in Europa ein programmatischer Anpassungsprozeß beschleunigte, in dem der Abschied vom Keynesianismus, vom alten »Sozialkorporatismus« sowie von den wohlfahrtsstaatlichen Programmen der 70er und frühen 80er Jahre vollzogen wurde. Der sog. »Neorevisionismus« (Donald Sassoon), der zuerst bei New Labour in Großbritannien siegte, propagiert eine Optimierung des Kapitalismus und der nationalen Wettbewerbsfähigkeit und verabschiedet sich so von allen älteren Programmen, die noch die Notwendigkeit einer politischen Regulation des Kapitalismus und der Marktprozesse mit dem Ziel sowohl der sozialen Gerechtigkeit als auch der Erweiterung demokratischer Partizipation vertreten hatten.

3 Die Grunderfahrung war also die einer tiefgreifenden Orientierungskrise und Schwächung der Gewerkschaften. Über eine Kette von Niederlagen (die in den verschiedenen Ländern Europas unterschiedlich stark ausfielen) wurde den Gewerkschaften die grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses von Kapital und Arbeit mehr oder weniger bewußt. Oskar Negt formuliert es so: »noch nie war so viel Kapital«, und weil dem so ist, verliert es seine »Beißhemmungen«.

Die Schwächung der Gewerkschaften betraf nicht allein die traditionell sozialpartnerschaftlich orientierten Verbände, sondern mehr noch den klassenkampforientierten Flügel der europäischen Gewerkschaftsbewegung (vor allem in den südlichen Ländern und in Großbritannien). Die sozialpartnerschaftlichen Antworten auf diese Erfahrung (Kooperation statt Kampf; »Anpassen oder Untergehen«, Dialog statt Konflikt usw.), die auch die Vorgaben für das DGB-Grundsatzprogramm prägten, wurden von uns als Ausdruck einer Bereitschaft zur Subalternität, zur Unterordnung unter die von der Kapitalverwertung beherrschte Logik der Globalisierung und der »Entfesselung« der Marktkräfte sowie der Anpassung an die veränderten Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit (in Betrieb, Gesellschaft und Politik)

kritisiert – eine Unterordnung, die nicht allein mit dem Verzicht auf kapitalismuskritische Programmelemente, sondern mehr noch mit dem Verzicht auf das »politische Mandat« der Gewerkschaften einhergeht.

4 Meine zentrale These lautet, daß diese Debatten aus der ersten Hälfte der 90er Jahre zwar in der Gegenwart nachwirken, daß wir uns aber im Übergang in das 21. Jahrhundert inmitten einer tiefgreifenden *Zäsur* befinden – und daß gerade dieser Begriff der *Zäsur* Ausgangspunkt für die Konstituierung einer Gewerkschaftslinken sein sollte.

Zunächst einmal kommt es darauf an, die Widersprüche auszuloten, in denen die These von der *Zäsur* zu verorten ist. Die Wahlen vom September '98 haben einer »rot-grünen« Regierung zu einer klaren Mehrheit verholfen. Nachdem bereits in Frankreich und Großbritannien konservativ-liberale Regierungen abgewählt wurden und in Italien der ex-Kommunist und Neuzoszialdemokrat d'Alema zum Regierungschef avancierte, wurde mit dem Regierungswechsel in Deutschland der Prozeß der Sozialdemokratisierung der EU (fast) vollendet. Darin kam ein Stimmungswechsel zum Ausdruck, in dem sich einerseits die Widersprüche der neoliberalen Politik (vor allem die Massenarbeitslosigkeit und der Sozialabbau) als sog. »Gerechtigkeitslücke« artikulierten, darüberhinaus aber – ausgehend von der großen französischen Streik- und Sozialbewegung Ende 1995 – auch ein wachsender sozialer und politischer Druck von Seiten der europäischen Gewerkschaften zum Ausdruck kam. So war es unvermeidlich, daß diese Veränderungen der politischen Landschaft in Europa mit Hoffnungen auf eine neue Politik verbunden wurden.

Schon der EU-Gipfel von Amsterdam (Mitte 1997) hatte mit der Akzeptanz des neuen Beschäftigungskapitels den veränderten politischen Kräftekonstellationen Rechnung getragen. Mit dem Fall der Regierung Kohl/Waigel verband sich die Erwartung, daß nunmehr der wichtigste Bremser für sozialpolitische Innovationen, für Beschäftigungspolitik, für eine deutlichere Gestaltungsaufgabe der Politik im Hinblick auf die Kontrolle der Finanzmärkte und der Europäischen Zentralbank usw. verabschiedet worden sei. Nach nur kurzer Zeit ist allerdings eine bemerkenswerte Ernüchterung eingetreten, die in der Bundesrepublik noch einmal durch den überraschenden Rückzug von Oskar Lafontaine aus der Politik dramatisiert worden war. Der Krieg gegen Jugoslawien hat dann endgültig die Illusionen über eine neue Politik (zu der ja nicht allein die Innen- und die Wirtschaftspolitik, sondern vor allem auch die Außenpolitik gehört) zerstört. Die Kaltschnäuzigkeit (oder – im Falle von Scharping – der moralisierende Bellizismus), mit der das Völkerrecht gebrochen und ein Angriffskrieg inszeniert wurde, mit der zum

ersten Mal seit dem Kriege deutsche Truppen in Europa (und ausgerechnet noch gegen »die Serben«) wieder Krieg führen, hat in der Tat allen möglichen Illusionen über eine *neue Politik* den Boden wegbombardiert.

Wenn wir die Innenpolitik und dabei die Politik der Sozialdemokratie genauer betrachten, stellen wir fest, daß es dabei nicht um mehr oder weniger Sozialpartnerschaft, um mehr oder weniger kapitalorientierte Regierungspolitik à la Schröder geht (obwohl – paradox genug – diese Regierung von der Wirtschaft und den Standesverbänden der Besserverdienenden »getrieben wird« wie keine andere Bundesregierung vor ihr). Es geht auch kaum noch um die zentralen Themen aus den Debatten der 80er und der frühen 90er Jahre – also um die klassisch »grünen« Themen (z.B. »Ausstieg aus der Kernenergie«), um die Vereinbarkeit von ökologischer und sozialer Frage und anderes mehr. Es geht – das ist der entscheidende Punkt – um ein *neues Modell von Politik*, um eine *Neuvermessung* des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, um die Etablierung eines *neuen Regimes*, mit dem endgültig der Übergang vom Fordismus zum transnationalen High-Tech-Kapitalismus ein spezifisches politisches Profil gewinnt.

Auf der Tagesordnung steht die Herausbildung eines neuen Korporatismus, einer neuen Form der institutionalisierten Regelung der Kooperation von Kapital, Arbeit und Regierung. Der alte »Sozialkorporatismus« der 70er Jahre, der dem »sozialdemokratischen Staat« noch die Aufgabe zuwies, den Bestand zentraler Elemente des Wohlfahrtsstaates zu gewährleisten, ist endgültig aufgegeben. Der neue »Wettbewerbskorporatismus« (competitive corporatism) hingegen wird – so hat es Wolfgang Streeck formuliert – zur neuen »Friedensformel« für das neue Regime der industriellen Beziehungen auf der betrieblichen sowie auf der gesamtstaatlichen Ebene, wo in den letzten Jahren mehr und mehr »Sozialpakete« vereinbart wurden. Kapital, Arbeit und Regierung sollen sich einig sein in dem Ziel, daß ein Überleben des Standortes – des Unternehmens, der Region, der Nationalökonomie, der EU-Wirtschaft – in der globalen Konkurrenz nur dann gesichert werden kann, wenn die Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit als gemeinsames Ziel akzeptiert wird. Unter dieser Voraussetzung akzeptieren Gewerkschaften eine »moderate Lohnpolitik«, einen Niedriglohnsektor sowie einen – an der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – orientierten Umbau der Sozialsysteme. Im Austausch dafür erkennen die Arbeitgeber die Gewerkschaften als Verhandlungspartner an, akzeptieren Flächentarifverträge mit »weiten Fenstern« und versprechen mehr Beschäftigung.

Das »Bündnis für Arbeit« (mit dem Koordinator Moderatoren Hombach und den Vorsitzenden der Benchmarking-Gruppe Streeck und Heinze) ist auf der Regierungsebene die zentrale Institution für die Durchsetzung des

»Wettbewerbskorporatismus« und für die Konstruktion von Sozialpakten nach dem Vorbild des niederländischen »Modells«. Helmut Schauer hat diese Strategie in der Juni-Ausgabe von »Sozialismus« treffend charakterisiert. Die Verteidigung der Autonomie der gewerkschaftlichen Interessenvertretung – auch durch die theoretische und praktische Kritik des »Wettbewerbskorporatismus« – ist eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaftslinken.

Auch das neue Verständnis der Unternehmensmitbestimmung, wie es in dem gemeinsamen Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung und der Bertelsmann-Stiftung (wiederum unter der Ägide von Wolfgang Streeck) formuliert worden ist, liegt ganz auf dieser Linie. Ich habe diese Neubestimmung der Mitbestimmung zusammen mit Michael Wendl scharf kritisiert (Gewerkschaftliche Monatshefte 3/99, S. 150-157). Auch hier ist nicht so sehr die Überhöhung des sozialpartnerschaftlichen Kooperationsgedankens der entscheidende Punkt, als vielmehr die Tatsache, daß diese Interpretation der Aufgaben und Funktionsweise der Mitbestimmung im Kontext der Strategie des »Wettbewerbskorporatismus« von dem gemeinsamen Interesse der Akteure an der Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des »Standortes« der Unternehmen ausgeht. Im Unterschied dazu war die alte Sozialpartnerschaftsideologie noch verortet im Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der durch gesetzliche Regelungen und Institutionen gleichsam zur »Vernunft« gebracht werden sollte. Das »neue Denken« hat solche gesellschaftstheoretischen und kapitalismuskritischen Voraussetzungen für die Definition von gewerkschaftlicher Interessenvertretung völlig aufgegeben. Von einem Konzept gesellschaftlicher Demokratisierung durch Gegenmacht – die freilich nicht allein über die Institutionen der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung ausgeübt wird, wird Mitbestimmung nach dieser neuen Lesart zu einem Instrument einzelwirtschaftlicher Konsens- und Vertrauensbildung im Unternehmen mit dem Ziel der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit umgedeutet. Daher ist es auch nur logisch, daß die Anhänger dieser Konzeption – auch in den Gewerkschaften – in ihrem ökonomischen Denken (im Hinblick auf Beschäftigungspolitik, Wachstum, Produktivkraftentwicklung und Arbeitsorganisation) die zentralen ideologischen Positionen der Neoklassik bzw. der mikroökonomischen Angebotsorientierung übernommen haben.

Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte, der das neue subalterne Denken besonders eifertig zu artikulieren vermag, hat diese Veränderung im strategischen Denken führender Funktionäre folgendermaßen formuliert: Die Zeiten »relativ stabiler Strukturen und weitgehender Vollbeschäftigung ... sind vorbei. Durch Branchenkrisen, Standortverlagerungen, Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit ist die Beschäftigung in fundamentaler Weise in den

Mittelpunkt nicht nur der Tarifpolitik, auch von Mitbestimmung gerückt. Und *das führt zu grundlegenden Gewichtsverlagerungen innerhalb der industriellen Beziehungen von der sozialen Interessenvertretung zum strategischen Verhandlungspartner bei Standortsicherung und Beschäftigungsentwicklung*. Damit sind vor allem für die Betriebsräte neue Aufgaben verbunden... Betriebspolitik und Unternehmenspolitik wachsen immer mehr zusammen. Das hat sich bei Vereinbarungen zur Standort- und Beschäftigungssicherung in großen Unternehmen in den letzten Jahren deutlich gezeigt, wobei auch Tarifparteien einbezogen waren« (Gewerkschaftliche Monatshefte 3/99, S. 133).

5 Natürlich spielt auch der Kosovo-Krieg im Hinblick auf die These, daß wir in Zeiten einer tiefgreifenden Zäsur in den ökonomischen und gesellschaftlichen Beziehungen leben, eine wichtige Rolle. Die Bundesrepublik Deutschland ist – wie die Protagonisten der neuen Ordnung meinen: »endlich« – aus dem »Schatten der deutschen Vergangenheit« herausgetreten; sie ist – im Rahmen ihrer westlichen Bündnisbeziehungen, die die Beteiligung an »guten Kriegen« garantiert – wieder kriegsfähig geworden. Dies betrifft auch die politische Kultur im eigenen Lande. Während noch anlässlich des Golf-Krieges Anfang der 90er Jahre vor allem Jugendliche auf die Straßen und Plätze strömten, um gegen den Krieg zu protestieren, überwiegt Ende der 90er Jahre Desinteresse oder Zustimmung. Die Normalisierung der »Berliner Republik« hat also auch in dieser Beziehung – durch einen grünen Außenminister repräsentiert – gewaltige Fortschritte gemacht! Die Wiederherstellung der Kriegsfähigkeit Deutschlands als Voraussetzung für eine Beteiligung an der – von den USA beherrschten – »neuen« (d.h. imperialistischen) »Weltordnung«, war schon lange angemahnt worden. Die »Eliten« dieses Landes haben – vor allem auch im Blick auf die zukünftigen Konflikte in Osteuropa (auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion) – diese »Normalisierung« immer wieder eingefordert.

Die Bedeutung dieses Krieges muß noch in weiteren Dimensionen gesehen werden. Zunächst werden durch den Krieg »Sachzwänge« produziert, die nicht nur nationale Kohäsion erfordern, sondern zugleich die nationale Fiskalpolitik auf längere Zeit auf die Bewältigung der Kosten, den Abbau der Staatsverschuldung (dazu noch im Rahmen des EU-Stabilitätspaktes und der »Konvergenzpolitik« zur Festigung des Euro) fixiert, also auf eine rigide Austeritätspolitik, die Reformen, sofern sie Geld kosten, ausschließt. Neben dem angeblichen »Sachzwang« der »Globalisierung«, die die Konzentration auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortsicherung erzwingt, wirkt jetzt noch der »Sachzwang Krieg«, der a priori den nationalen Konsens für die

Priorität der Kriegskosten (und der Kriegsfolgekosten) erzwingt. Damit werden Weichenstellungen vorgenommen, die keine Debatte über Alternativen zuzulassen scheinen. An diesem Punkt muß die Kritik der Linken ansetzen – wie zu Zeiten des Ersten Weltkrieges wird sie dann vom (sozialdemokratischen) Kanzler wohl als »5. Kolonne« denunziert werden, die für den Feind arbeitet! Im Umgang mit »vaterlandslosen Gesellen« kann die neuere deutsche Geschichte den Regierenden in Berlin einiges Lehrmaterial zur Verfügung stellen.

Es gibt noch eine weitere Problematik, die zumindest in den Analysen der Linken vertieft werden sollte. Der Aachener Ökonom Karl Georg Zinn hat in den letzten Jahren bei seinen Krisenanalysen des heutigen Kapitalismus immer wieder darauf hingewiesen, daß der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts seine bisher schwerste Wirtschaftskrise (seit dem Ende der 20er Jahre) schließlich durch Aufrüstung und Krieg überwunden habe (K.G. Zinn, *Jenseits der Markt-Mythen*, Hamburg 1997). Das »Golden Age« der 50er und 60er Jahre war – das wird gelegentlich verklärend übersehen – nicht allein die Epoche des Welfare-Kapitalismus, sondern eben auch eine des Warfare-Kapitalismus. Die tiefe Rezession in den USA Anfang der 80er Jahre wurde durch die gewaltigen Aufrüstungsprogramme von Ronald Reagan abgefedert. Seit Anfang der 90er Jahre wirken die Militärausgaben als ein Konjunkturprogramm, das zumindest z.T. den Boom der US-amerikanischen Wirtschaft in den 90er Jahren erklärt. Wir werden uns also in der Zukunft wieder intensiver mit der Frage beschäftigen müssen, inwieweit Hochrüstung (heute über die neuen Waffensysteme, die gebraucht werden, um solche »klinisch reinen« High-Tech-Kriege möglichst ohne eigene Menschenverluste zu führen) für die Überwindung der »langen Depression« seit Mitte der 70er Jahre, d.h. auch für den Übergang zu einer neuen Kapitalismusformation, Bedeutung haben. Die Frage von Krieg und Frieden würde so für die Linke – anders als im Zeitalter des Kalten Krieges und der atomaren Systemkonkurrenz – eine ganz neue Bedeutung erhalten!

6 Abschließend einige Anmerkungen, welche inhaltlichen Positionen im Zusammenhang der Debatte über die Konstituierung einer organisierten Gewerkschaftslinken besonders wichtig sind. Dabei geht es mir nicht um die Skizze eines Programms bzw. um eine systematische Beschreibung unseres Selbstverständnisses; denn dies könnte nur das Ergebnis eines intensiven und kollektiven Arbeits- und Diskussionsprozesses sein.

Ausgangspunkt ist zunächst einmal die Kritik an der »herrschenden Linie« im DGB und in den meisten Einzelgewerkschaften. Diese Kritik richtet sich u.a. darauf, daß die Begründungen für die Politik der neuen Sozialpart-

nerschaft und des »Wettbewerbskorporatismus« nicht nur falsch und realitätsblind sind, sondern daß es sich dabei um eine Politik handelt, die den Niedergang der Gewerkschaften, den wir seit mehr als einem Jahrzehnt bewohnen, nicht nur nicht aufhält, sondern diesen sogar noch beschleunigt. Gelegentlich hat man den Eindruck, daß es sich dabei um »Selbstmordprogramme« handelt. Diese haben darin ihren Grund, daß sie von den defensiven, korporatistischen Interessen der (noch) relativ privilegierten Gruppen der Lohnabhängigen (mit einem vergleichsweise hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad) sowie den Selbsterhaltungsinteressen der gewerkschaftlichen Apparate gestützt werden.

Allgemeiner Referenzrahmen für diese Kritik ist das Festhalten an grundlegenden Erkenntnissen der Kapitalismusanalyse und -kritik, aus der sich die fundamentalen Prinzipien für die Legitimation der Existenz und des Kampfes der Gewerkschaften ergeben. Allerdings sollte eine Gewerkschaftslinker eine wichtige Aufgabe darin sehen, nicht nur Grundpositionen der Kapitalismuskritik (und des darin eingeschlossenen Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit) zu bewahren, sondern diese jeweils in der Analyse der neueren Entwicklungstendenzen, der sozialökonomischen, politischen und kulturellen Umbrüche im Modernisierungsprozeß, der spezifischen Widerspruchskonstellationen und der objektiven und subjektiven Bedingungen der Klassenkämpfe auf den neuesten Stand, auf das Niveau eines wirklich adäquaten Gegenwartsbegriffs zu bringen. Nur durch diese Arbeit kann die Gewerkschaftslinker letztlich überzeugend dem Vorwurf begegnen, sie erschöpfe sich als Sammelbecken für »sozialistische Nostalgiker« in »Traditionalismus«-Pfleger.

Der Vorschlag für eine Diskussionsplattform von Bernd Riexinger zeigt Eckpunkte gemeinsamer Positionen auf. Konstituierung einer gewerkschaftlichen Linken als politischer Prozeß würde jedoch nicht bedeuten, daß wir uns schnell auf solche Eckpunkte einigen, sondern daß wir uns auf einen Prozeß der Entwicklung von Positionen der gewerkschaftlichen Linken einlassen, der offen sein muß für eine Reihe von sehr grundsätzlichen Fragen nach dem Selbstverständnis einer radikalen und kapitalismuskritischen – sozialistischen und radikaldemokratischen – Strömung innerhalb der Einheitsgewerkschaften.

Einige – mir notwendig erscheinende – Elemente eines solchen Selbstverständnisses will ich kurz skizzieren:

■ Eine Gewerkschaftslinker sollte sich (in verweende eine Formulierung aus der neueren Diskussion in Frankreich) als »plurale Linker« verstehen. Im Blick auf die Geschichte der vergangenen beiden Jahrzehnte halte ich es für wichtig zu betonen, daß ein solcher Pluralismus nur dann als Produktivkraft

fungieren kann, wenn er nicht von hegemonialen Bestrebungen bestimmter Richtungen untergraben wird.

■ Die Gewerkschaftslinken muß sich mit anderen progressiven politischen und sozialen Kräften vernetzen; sie muß sich als Teil eines Blockes progressiver politischer, sozialer und kultureller Kräfte verstehen.

■ Die Gewerkschaftslinken muß sich von Anfang an als Teil eines internationalen Formierungsprozesses von kapitalismuskritischen Kräften verstehen. Dabei spielt die Vernetzung ihrer Diskussionen und Aktivitäten mit der Gewerkschaftslinken in Europa eine besonders wichtige Rolle.

■ Im Prozeß der Formierung gibt es zahlreiche Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, die einer Diskussion bedürfen: der Begriff der Arbeiterklasse, der Arbeiterbewegung und der Arbeit selbst; der Begriff der Einheitsgewerkschaft und die Rolle der Parteien; die Bedeutung des Reformismus in der Gegenwart usw.

■ Gewerkschaften müssen für die Linke auch stets als politischer Raum für die Auseinandersetzung um alternative gesellschaftliche, ökonomische und politische Entwicklungsformen erhalten bleiben – jenseits der Logik des Kapitals, der Profitproduktion und des Marktes.

■ Eine Gewerkschaftslinken wird nur dann Bestand und Einfluß haben, wenn sie nicht von der Ebene der betrieblichen Interessenvertretung abgehoben oder abgekoppelt ist (sei es intellektuell, sei es aufgrund von Funktionen im Apparat). Der starke Einfluß der neuen Sozialpartnerschaft und des »Wettbewerbskorporatismus« ist auch darauf zurückzuführen, daß er z.T. in der betrieblichen Erfahrung und Wirklichkeit fundiert ist; denn die Betriebsräte müssen unter dem doppelten Druck des Managements (von oben) und der Angst der Belegschaften (von unten) verhandeln. Wenn sie nicht politisch (von der eigenen Gewerkschaft) gestützt werden, ist schon eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz der neuen Sozialpartnerschaft erfüllt.

Es gibt also ein ganzes Bündel von Anforderungen und Aufgaben, denen wir nicht ausweichen sollten. Seit der Erstveröffentlichung des Artikels von Bernd Riexinger und Tom Adler (in »Sozialismus« 9/98), in dem die Notwendigkeit einer Organisierung der gewerkschaftlichen Linken angesprochen wurde, habe ich immer wieder bei Veranstaltungen und Diskussionen im Gewerkschaftsbereich die Erfahrung gemacht, daß sich auf ein solches Projekt – nach Jahren der Ohnmachtserfahrung, von Enttäuschungen und Niederlagen – vielfältige Hoffnungen richten. Anders ausgedrückt: Die Konstituierung einer Gewerkschaftslinken könnte auch einen Beitrag zur Überwindung der inzwischen weit verbreiteten Resignation gerade bei den gewerkschaftlichen Aktivgruppen leisten.